Satzung

über die Ordnung auf dem Friedhof der Gemeinde Tuchem

Auf Grund der §§ 6, 44 Abs.3 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 (GVBl. LSA 1993, S.568) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom **14.02.2008 (GVBl. LSA S. 40)** und des Kommunalabgabengesetzes vom 13.12. 1996 (KAG-LSA) (GVBl. LSA S.405), zuletzt geändert durch **Artikel 2 des Gesetzes vom 17.12.2008 (GVBl. LSA S. 452, in Verbindung mit dem Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt (BestattG LSA) vom 05.02.2002 (GVBl. LSA S. 46),** zuletzt geändert durch **Artikel 5 des Gesetzes vom 26.03.2004 (GVBl. LSA S. 234) jeweils in der gültigen Fassung,** hat der Gemeinderat der Gemeinde Tuchem in seiner Sitzung am **28.05.2009** nachfolgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§1

Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für den Gemeindefriedhof Tuchem.

§ 2

Friedhofszweck

Der Gemeindefriedhof ist eine nicht rechtsfähige, öffentliche Einrichtung der Gemeinde Tuchem.

Er dient der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen kann von der Gemeinde Tuchem ausnahmsweise zugelassen werden.

II. Ordnungsvorschriften

§ 3

Öffnungszeiten

1. Der Friedhof ist
vom 01.10. - 31.03. von 8.00 Uhr - 18.00 Uhr und
vom 01.04.-30.09. von 7.00 Uhr - 21.30 Uhr
geöffnet.
2. Die Gemeinde Tuchem kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 4

Verhalten auf dem Friedhof

1. Die Besucher haben sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
2. Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener und auf deren Verantwortung betreten.
3. Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet;
 - a) Tiere mitzuführen, ausgenommen Blindenhunde,
 - b) Druckschriften zu verteilen,
 - c) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten,
 - d) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür vorgesehenen Stellen abzulagern,
 - e) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen sind Kinderwagen und Rollstühle,
 - f) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung Arbeiten auszuführen, Ausnahme das Gießen und Harken der Grabstätten,
 - g) Friedhofseinrichtungen und -anlagen sowie Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen.
4. Der Transport von Verstorbenen zu der Friedhofskapelle sowie Fahrten des Friedhofspersonals sind von dem Verbot nach Abs. 3 Buchstabe e) ausgenommen.

§ 5

Durchführung von gewerblichen Arbeiten

1. Gewerbetreibende und ihre Beauftragten haben die Vorschriften der Friedhofss**atzung** zu beachten. Sie haften für alle Schäden, die sie oder ihre Beauftragten auf dem Gemeindefriedhof **schuldhaft** verursachen.
2. **Alle Arbeiten sind unter Wahrung der Ruhe des Friedhofs durchzuführen. Durch sie dürfen Bestattungsfeierlichkeiten weder gefährdet noch gestört werden.**
3. **Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinerlei Abraum ablagern.**

III. Bestattungsvorschriften

§ 6

Anmeldung einer Bestattung

1. Die Bestattung ist unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalles, spätestens zwei Tage vor dem beantragten Bestattungstermin, bei der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde anzumelden. Die mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragte zuständige Behörde bestimmt Ort und Zeit der Bestattung.
2. Bei der Anmeldung ist das mit der Abwicklung der Beisetzung beauftragte Bestattungsunternehmen zu benennen.
3. Die vom Standesbeamten auszustellende Bescheinigung über die Eintragung eines Sterbefalles und die Bescheinigung über die Einäscherung sind vor der Beisetzung der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde zu übergeben.

§ 7

Ausheben der Grabstätten

Die Tiefe der einzelnen Grabstätten beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50m.

§ 8

Nutzungsrechte (Ruhezeit)

Die Nutzungsrechte an den Grabstätten werden für die Inhaber wie folgt begrenzt:

- für Urnenreihenstellen auf 25 Jahre
- für einstellige Reihengräber auf 25 Jahre
- für Wahlgräber auf 25 Jahre.

Wird vorzeitig auf das Nutzungsrecht einer Grabstelle verzichtet, ist dies schriftlich zu erklären. Ein Anspruch auf Rückerstattung von gezahlten Geldleistungen besteht nicht.

§ 9

Umbettungen

1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
2. Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde.

3. Umbettungen erfolgen nur auf schriftlichen Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus einem Reihengrab, einem Wahlgrab oder einem Urnenreihengrab der, der das Nutzungsrecht für diese Grabstätte durch die mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde erworben hat.
4. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte sind unzulässig.
5. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine Wahlgrabstätte oder aus einer Wahlgrabstätte in eine andere Wahlgrabstätte sind nur in besonders begründeten Ausnahmefällen mit vorheriger Zustimmung der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde zulässig. Die Begründung der Umbettung ist schriftlich einzureichen.
6. Umbettungen dürfen nur während der Ruhezeit (§ 8) vorgenommen werden. Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
7. Alle Umbettungen werden von der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde veranlasst.
8. Für Schäden, die durch eine Umbettung an benachbarten Grabstätten und Anlagen entstehen, haftet der Antragsteller.
9. Die Wiederausgrabung von Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken ist nur im Falle einer behördlichen oder richterlichen Anordnung zulässig.
10. Die Absätze 3 bis 5 gelten für Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstätten entsprechend.

VI. Grabstätten

§ 10

Allgemeines

1. Eine Grabstätte besteht aus einer oder mehreren Grabstellen. Der Gemeindefriedhof ist in 9 Abteilungen aufgeteilt. Die Aufteilung des Gemeindefriedhofes ist als Anhang beigefügt.

Abteilung I	Wahlgrabstätte
Abteilung II	Wahlgrabstätte
Abteilung III	Wahlgrabstätte
Abteilung IV	Wahlgrabstätte
Abteilung V	Urnengemeinschaftsgrab
Abteilung VI	Urnenreihengrab
Abteilung VII	einstelliges Reihengrab
Abteilung VIII	einstelliges Reihengrab
Abteilung IX	einstelliges Kindergrab
2. Sämtliche Grabstätten bleiben Eigentum der Gemeinde Tuheim. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.

3. Die Grabstätten werden unterschieden in
 - a) Reihengrabstätten (§ 11)
 - h) Wahlgrabstätten (§ 12)
 - c) Urnenreihengrabstätten (§ 13)
 - d) Urnengemeinschaftsgrab (13a)

4. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung von Rechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte i. S. des Abs. 3. Grundsätzlich ist bei Wahlgrabstätten eine Verlängerung bzw. ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts möglich.

§ 11

Reihengrabstätten

1. Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (25 Jahre) des zu Bestattenden abgegeben werden.
2. In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Die Beisetzung einer Urne auf ein einstelliges Reihengrab ist bis 5 Jahre nach Erstbestattung für 25 Jahre Liegezeit gestattet. Die Beisetzung einer Urne auf ein Kinderreihengrab ist nicht gestattet.
3. Reihengrabstellen sind 2,60 m lang und 1,30 m breit.
Kinderreihengrabstellen sind 1,50 m lang und 1,00 breit.
4. Eine Reihengrabstätte ist spätestens drei Monate nach der Beisetzung herzurichten und bis zum Ablauf der Ruhezeit (§ 8) zu pflegen.
5. Das Verfügungsrecht an einer Reihengrabstätte kann nicht verlängert werden.

§ 12

Wahlgrabstätten

- 1.a) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage gemeinsam mit dem Erwerber bestimmt wird. Wahlgrabstätten können einstellige oder mehrstellige Grabstellen sein.
- 1.b) Wird die Grabstätte nicht innerhalb eines Jahres vor Ablauf des Nutzungsrechtes wiedererworben oder das Nutzungsrecht verlängert, so erlischt der Anspruch auf Wiedernutzung dieser Grabstätte, so dass diese zur Wiederbelegung freigegeben wird. Vor Einziehung der Grabstätte wird der Nutzungsberechtigte gehört.
2. In jeder Wahlgrabstelle dürfen zusätzlich zu einer Erdbeisetzung nach vorheriger schriftlicher Zustimmung von der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde bis zu zwei Urnenbeisetzungen je Grabstelle vorgenommen werden.
3. Wahlgrabstätten haben eine Länge von 2,60 m und eine Breite, die sich aus der vom Nutzungsberechtigten erworbenen Anzahl der Grabstellen bei einer Grundbreite von 1,30 m je Grabstelle ergibt.
4. Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr mit Aushändigung der Grabkarte.

5. Beisetzungen dürfen in einer Wahlgrabstätte nur dann stattfinden, wenn das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert wird. Die Verlängerung des Nutzungsrechtes beträgt 25 Jahre nach Beisetzung des letzten Verstorbenen.
6. Der Kauf eines Wahlgrabes vor Eintritt des Todes ist nicht möglich.

§ 13

Urnenreihengrabstätten

1. Urnenreihengrabstätten sind Aschenstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (§ 8 Abs. 2) zur Besetzung einer Asche abgegeben werden.
2. In jeder Urnenreihengrabstätte dürfen Zweiturnen beigesetzt werden. Die Beisetzung der Zweiturne ist bis 5 Jahre nach Erstbestattung für 25 Jahre Liegezeit gestattet.
3. Urnenreihengrabstätten haben die Größe von 1,30 x 1,30 m.
4. Im übrigen gelten für Urnenreihengrabstätten die Vorschriften des § 11 Abs. 4 und 5 entsprechend.

§ 13a

Urnengemeinschaftsgrab

Das Urnengemeinschaftsgrab wird zu Zwecken der anonymen Ruhezeit in Form von Urnengrabstätten vergeben. Die Grabstätten werden auf Grundlage eines vorgefertigten Grabstellenkatasters eingeteilt.

VI. Grabmale

§ 14

Allgemeine Bestimmungen

1. Auf dem Friedhof dürfen nur solche Grabmale errichtet werden, die sich in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung in das Gesamtbild des Friedhofes einordnen.
2. Für Grabmale dürfen nur Naturstein, Holz, Schmiedeeisen sowie geschmiedete oder gegossene Bronze verwendet werden.

§ 15

Zustimmungserfordernis

Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung von der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde, soweit die Grabmale von den Satzungsbestimmungen abweichen. Sie muss bereits vor der Anfertigung oder der Veränderung der Grabmale beantragt werden.

§ 16

Fundamentierung und Befestigung

1. Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und sich auch beim Öffnen benachbarter Grabstellen nicht senken oder umstürzen können.
2. Abs. 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
3. Bei Gefährdung der Standsicherheit von Grabmalen, sonstiger baulicher Anlagen oder Teilen davon, sind die Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten zur unverzüglichen Instandsetzung verpflichtet. Kommen diese, auch nach schriftlicher Aufforderung durch die für die Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde nicht nach, ist das zuständige Amt zur Ersatzvornahme oder Entfernung des Grabmals, der baulichen Anlage oder Teilen hiervon auf Kosten des Verantwortlichen berechtigt.

§ 17

Entfernung von Grabmalen

1. Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit (§ 8) oder des Nutzungsrechts (§ 8) nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung von der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde von der Grabstätte entfernt werden.
2. Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale, die sonstigen baulichen Anlagen und Anpflanzungen zu entfernen.
3. Ist das Nutzungsrecht erloschen und die Grabstätte nicht innerhalb von 3 Monaten bei Reihengräbern, innerhalb eines Jahres bei Wahlgräbern i. S. von § 12 (1.b) und § 14 (4.), abgeräumt, so ist die mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde berechtigt, auf Kosten der Verfügungs- und Nutzungsberechtigten im Wege der Ersatzvornahme die Gräber zu räumen.

VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 18

Allgemeines

1. Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften dieser Satzung hergerichtet und dauernd unterhalten werden. Dies gilt entsprechend für den übrigen Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
2. Eine Bepflanzung der Grabstätten darf nur in der Weise erfolgen, dass andere Grabstätten sowie die öffentlicher Anlagen und Wege nicht beeinträchtigt werden.
3. Es ist unzulässig, Grabstätten mit Kies oder Splitt zu bestreuen, Rohbetonelemente für Einfassung und Abdeckung zu verwenden sowie Blumengefäße, die nicht der Würde eines Friedhofes entsprechen (Konservendosen usw.), aufzustellen.
3. Für die Herrichtung und Unterhaltung ist bei allen Grabstätten der Nutzungsberechtigte verantwortlich.
Die Verpflichtung erlischt erst nach Ablauf der Ruhezeit (§ 8) oder des Nutzungsrechtes (§§ 12 und 14).
5. Der Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, die Grabstätte nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes abzuräumen. Wird die Grabstätte nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder Nutzungsrechtes abgeräumt, ist die mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragte zuständige Behörde berechtigt, auf dessen Kosten die Abräumung zu veranlassen.
- 6, Für entfernte Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen besteht keine Aufbewahrungspflicht. Jeder Nutzungsberechtigte ist selbst dafür verantwortlich, dass der Grabstein und die Einfassung geräumt wird.
7. Die Herrichtung, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde.
8. Einfriedungen und Einfassungen von Grabstätten sind nur aus lebenden Pflanzen zugelassen, die nicht höher als 1,00 m sind. Ausnahmen können auf Antrag zugelassen werden.
Rasenkanten sind bis 10 cm über dem angrenzenden Gehwegniveau zulässig.

§ 19

Vernachlässigung

1. Wird die Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der nach § 20 Abs. 4 verantwortliche Nutzungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung der für die Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde die Grabstätte innerhalb einer festzusetzenden Frist in Ordnung zu bringen.

Ist der Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt ein Hinweis auf der Grabstätte, der dort mindestens vier Wochen gut sichtbar anzubringen ist. Wird die Aufforderung nicht befolgt, können Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten von der Gemeinde abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden.

Bei Wahlgrabstätten, Urnenwahlgrabstätten und Sondergrabstätten kann die Gemeinde in diesem Fall die Grabstätten auf Kosten des jeweiligen Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht entschädigungslos entziehen. In dem Entziehungsbescheid ist der Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb eines Monats nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.

2. Abs. 1 Satz 1 gilt für Grabschmuck entsprechend.
Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verfügungs- und Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, kann die Gemeinde Tuheim den Grabschmuck entfernen. Eine Aufbewahrungspflicht für die Gemeinde besteht nicht.

VIII. Benutzung

§ 20

Benutzung der Trauerhalle

1. Die Trauerhalle steht für Trauerfeiern auf dem Friedhof zur Verfügung.
2. Die Aufbahrung in der Trauerhalle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
3. Die Särge werden geschlossen aufbewahrt.

IX. Schlussvorschriften

§ 21

Alte Rechte

1. Die Nutzungszeit und die Gestaltung von Grabstätten, über die von der zur Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde bereits vor Inkrafttreten dieser Satzung verfügt worden ist, richten sich nach den bisherigen Vorschriften. Satz 1 gilt nicht für Gestaltungsänderungen nach Inkrafttreten dieser Satzung.
2. Nutzungsrechte von unbegrenzter oder unbestimmter Dauer, die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung auf dem Friedhof entstanden sind, erlöschen ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Satzung, jedoch nicht vor Ablauf des Nutzungsrecht (§ 8) der zuletzt beigesetzten Leiche oder Asche.

§ 22

Haftung

1. Die Gemeinde Tuheim haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.
2. Im übrigen beschränkt sich die Haftung der Gemeinde aus dem Benutzungsverhältnis auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

§ 23

Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig handelt, wer entgegen
 - a) § 3 Abs. 1 sich außerhalb der vorgesehenen Öffnungszeiten auf dem Gemeindefriedhof aufhält,
 - b) § 4 Abs. 1 bis 4 sich entgegen dieser Satzungsbestimmungen verhält,
 - c) § 5 Abs. 1 und 2 ohne Genehmigung auf dem Friedhof Arbeiten durchführt,
 - d) § 9 Abs. 1 bis 10 dieser Satzungsbestimmungen handelt
 - e) § 11 Abs. 4 handelt,
 - f) § 18 Abs. 3 das Grabmal nicht instandsetzt,
 - g) § 17 Abs. Z die Grabmale nicht rechtzeitig entfernt,
 - h) § 18 Abs. 1 bis 4 sowie 7 und 8 gegen die allgemeinen Herrichtungs- und Pflegevorschriften verstößt.
2. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 511,29 Euro geahndet werden.

§ 24

Gebühren

Die Höhe der Gebühren, die nach dieser Satzung durch die mit der Besorgung der Amtsgeschäfte beauftragten zuständigen Behörde erhoben werden, richten sich nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung, **die als Anlage beigelegt ist.**

§ 25

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Friedhofsordnung der Gemeinde Tuchein vom 13.03.1996 und alle entgegenstehenden ortsrechtlichen Vorschriften außer Kraft.

Tuchein, den 28.05.2009

(Unterschrift)

(Siegel)

Friedhofsgebührenordnung für den Gemeindefriedhof Tuchein

Benutzung der Leichenhalle	51,13 €
Gebühr für Grabstellen und Urnengemeinschaftsgrab einstelliges Reihengrab	178,95 €
Urnenreihengrab sowie je 2. Urne nach Verlängerung des Nutzungsrechts	89,48 €
Kinderreihengrab	89,48 €
einstelliges Wahlgrab	255,65 €
zweistelliges Wahlgrab	511,29 €

Bei Verlängerung des Nutzungsrechts für eine Wahlgrabstelle wird die Nutzungszeit entsprechend § 8 Friedhofsordnung verlängert, die Kosten des Nutzungsrechts werden wie folgt berechnet.

$$\frac{\text{Gebühr der Grabstelle}}{25 \text{ Jahre}} \times \text{verlängerte Nutzungsdauer (Jahre)}$$

Tuchein, den 28.05.2009

(Siegel)

(Unterschrift)